

FÜR FAIRE WETTBEWERBSBEDINGUNGEN IN DER TEXTIL- UND MODEINDUSTRIE

Unfairer Wettbewerb schreitet voran

Die Textil- und Modeindustrie in Deutschland steht unter massivem Druck. Während heimische Unternehmen mit der anhaltend schwachen Inlandsnachfrage, hohen Energiekosten, überkomplexen EU-Verordnungen und wachsender Bürokratie kämpfen, drängen asiatische Anbieter über Online-Plattformen weiter ungehindert auf den europäischen Markt. Ihre Produkte erreichen die Verbraucher oft ohne regulatorische Kontrolle – zu Preisen, die für europäische Hersteller unerreichbar sind.

Jeden Tag kommen rund 400 000 Päckchen asiatischer Billiganbieter nach Deutschland. Ihr Wert liegt unter der Grenze von 150 Euro, damit kein Zoll gezahlt werden muss. Oft werden Lieferungen deshalb gestückelt, die pure Masse überfordert Zoll und andere Kontrollbehörden.

Sicherheitsstandards, die. für Schutzbekleidung gelten, werden massiv unterwandert. Beispielsweise gelangen so Schuhe auf den europäischen Markt, die wie Sicherheitsschuhe aussehen, als Sicherheitsschuhe verkauft werden, aber keine der rechtlichen Anforderungen erfüllen.

Diese Entwicklung ist mehr als ein wirtschaftliches Ungleichgewicht. Sie gefährdet die Zukunft einer qualitätsorientierten Textilindustrie, untergräbt faire Marktmechanismen und stellt die Glaubwürdigkeit europäischer Regulierung infrage.

"Wettbewerb belebt das Geschäft – aber nur unter fairen Bedingungen. Es ist höchste Zeit, dass für alle Marktteilnehmer dieselben Regeln gelten."

Dr. Uwe Mazura, Hauptgeschäftsführer des Gesamtverbandes textil+mode

Zeit zum Handeln

Bereits im Mai 2024 hatte der Gesamtverband textil+mode in einem viel beachteten Positionspapier auf diese Problematik hingewiesen und sieben konkrete Forderungen formuliert. Doch bislang ist kaum etwas konkret geschehen.

Die Bundesregierung hatte Anfang 2025 zwar einen Aktionsplan E-Commerce veröffentlicht. Die dort formulierten Ziele sind ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung. Doch die Umsetzung dauert zu lange und gefährdet damit den Wirtschaftsstandort Deutschland.

EU-Verfahren dauern zu lange

Die EU-Kommission prüft seit über einem Jahr, ob und welche Sanktionen gegen Plattformen wie Temu und Shein verhängt werden können. Ein Ergebnis ist bislang nicht absehbar. Die Verfahren nach dem Digital Service Act gegen Temu und Shein laufen weiter. Wann die Verfahren beendet sein werden, ist offen. Währenddessen werden weiterhin Millionen von Produkten verkauft, die den Anforderungen des europäischen Marktes oft nicht entsprechen – und die hiesigen Unternehmen müssen diesem ungleichen Wettbewerb tatenlos zusehen. Über Verkaufsapps sammeln die Billigplattformen immer mehr Kundendaten und erstellen Millionen von Nutzer- und Käuferprofilen.

Ungleiche Wettbewerbsbedingungen – eine stille Krise mit drastischen Folgen



Die deutsche Textil- und Modeindustrie sieht die Entscheider in Brüssel und Berlin in der Pflicht, endlich gegen unfaire Praktiken im Onlinehandel vorzugehen. Andernfalls sind mittelständische Qualitätshersteller, die nach fairen Umwelt- und Sozialstandards produzieren, hier in Deutschland Steuern zahlen und für resiliente Lieferketten in Europa sorgen, gezwungen, in diesem ungleichen Kampf aufzugeben mit irreversiblen Folgen für die textilen Wertschöpfungsketten, für unsere Versorgung mit Textilien, auch im Arbeitsschutz und Medizinbereich, für Arbeitsplätze und unser textiles Knowhow, das ohne die vielen Hersteller Stück für Stück verloren geht. Die derzeitige EU-Regulatorik schützt nicht die europäischen Unternehmen, sie schafft weitere Wettbewerbsnachteile, insbesondere auch im internationalen Wettbewerb.

Jetzt ist entschlossenes politisches Handeln gefragt – schnell und effektiv, um faire Wettbewerbsbedingungen wiederherzustellen. Aus Sicht des Gesamtverbandes textil+mode müssen jetzt folgende Punkte zügig in die Tat umgesetzt werden:

- Juristische Verantwortlichkeit sicherstellen: Unternehmen, die Produkte direkt an Verbraucher innerhalb der EU verkaufen, müssen einen Bevollmächtigten mit Sitz in der EU benennen.
- Haftung und Versicherungspflicht für Unternehmen aus Drittstaaten einführen: Da Urteile, die gegen Unternehmen, die ausschließlich einen Sitz in Drittstaaten haben, nicht innerhalb der EU vollstreckt werden können, verlangen wir eine verpflichtende Haftpflichtversicherung für Schadensersatzfälle.
- **Zollfreigrenzen überarbeiten:** Die bestehenden Zollfreigrenzen müssen dringend angepasst werden.
- DSA-Verfahren beschleunigen: Die Verfahren der EU-Kommission im Rahmen des Digital Services Act (DSA) müssen zügig vorangetrieben werden.
- Wer seine Produkte in der EU verkauft, muss das EU-Recht achten. Geschieht dies nicht, muss die schnelle und effektive Sanktionierung durch EU- und Landesbehörden sichergestellt sein.



Unfaire Wettbewerbsbedingungen – Herausforderungen und politische Forderungen

Die folgende Infografik zeigt zentrale Probleme und politische Forderungen der deutschen Textil- und Modeindustrie im Umgang mit internationalen Onlineplattformen:

